



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Berlin wählt die Freiheit am 20. Oktober 1946 Der Tag der Weichenstellung

Leider haben sich nicht viele Berliner am 20. Oktober 2006 daran erinnert, dass 60 Jahre zuvor ein ganz besonderer Tag war. Auch die demokratischen Parteien, die an diesem Tag einen ganz besonderen Sieg über die kommunistische Unfreiheit errungen haben, allen voran die SPD, haben den Tag weitgehend unbemerkt an sich vorüberziehen lassen. Nicht so der Regierende Bürgermeister a.D. Klaus Schütz, der am 60. Jahrestag der ersten und für Jahrzehnte einzigen freien Wahl in ganz Berlin eine bemerkenswerte Rede hielt und dabei auch folgendes sagte:

Wer sich heute - sechzig Jahre später - an die Berliner Wahl vom 20. Oktober 1946 erinnert, muss sich der historischen Dimension dieses Ereignisses bewusst sein. Es war - wie wir heute wissen - die erste und es war für eine lange Zeit die letzte freie Wahl in ganz Berlin. In allen Teilen der Hauptstadt des früheren Deutschen Reiches. Diese Wahl war präzis der Zeitpunkt, in dem die Souveränität des Volkes von Berlin ihren ersten Auftritt hatte. Nach dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg. Und sie machte deutlich, dass von jetzt an die demokratischen Parteien kräftig genug waren, um ihre Stadt aus eigener Kraft zu gestalten. Gleichzeitig stellte sie klar, dass die ausschließlich sowjetisch dominierte Periode in Berlin zu Ende war. Ein für allemal. Denn diese Wahl war der Schlusspunkt eines Prozesses. In ihm hatten die drei Westmächte und die Berliner Politik zueinander gefunden. In ihm hatten sie gelernt, einander zu vertrauen. Als es darum ging, in der Stadt die Freiheit zu etablieren. Und die demokratischen Lebensformen gegen den Machtanspruch der Sowjet-Union zu verteidigen. Richtig gesehen war diese Wahl der Beginn des Berliner Freiheitskampfes. Die Wahl vom 20. Oktober 1946 war der lokale Anfang des weltweiten Kalten Krieges.

Und das ist keineswegs übertrieben: Nach Stalins Drehbuch sollte diese Wahl nämlich die glanzvolle Bestätigung der SED bringen, die aus der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946 hervorgegangen war. Schließlich war die sowjetisch besetzte Zone bereits nach stalinistischem Muster gleichgeschaltet - von den Zeitungen bis zur neuen Einheitspartei. Und trotzdem ist das Gegenteil eingetreten: Das Ergebnis war für die SED niederschmetternd. Bei einer Wahlbeteiligung von 92,3 Prozent erhielt die SPD 48,7 Prozent der Stimmen, die CDU 22,2 Prozent, die SED 19,8 Prozent und die Liberalen der LDP 9,3 Prozent. Die SPD in den Westsektoren hatte sich dem Verschmelzen mit der KPD erfolgreich widersetzt - die Mitglieder sprachen sich in einer Urabstimmung dagegen aus. Im sowjetischen Sektor hatte es keine demokratische Entscheidung über das Zusammengehen gegeben. Die Sowjets verboten eine Abstimmung. Dass die SPD auch im Ostsektor zur Wahl kandidieren durfte und die SED in den Westsektoren, ging auf die Siegermächte zurück. Die Alliierte Kommandantur hatte auf Weisung des Kontrollrates beschlossen, beide Parteien in allen vier Sektoren Berlins für die Wahlen im Oktober zuzulassen. Das Wahlergebnis zeigte Sowjets und SED jedoch deutlich, dass sie eine demokratische Mehrheit nicht erhalten würden.

Wie konnte es zu diesem Sieg der Freiheit kommen, der für Berlin, Deutschland und Europa das Fanal der Freiheit errichtet hat? Zu einem wichtigen Grund kann ich mein eigenes Erleben beisteuern. Vor allem einige Sozialdemokraten versuchten, allen Gefahren trotzend, aus der „SBZ“ nach West-Berlin zu kommen. Sie wollten ihren Parteifreunden in West-Berlin über die wirklichen Zustände in der SBZ berichten, wie über die vielen Verhaftungen aller Andersdenkenden, die Enteignungen und die große Bevorzugung der Kommunisten. Ich selbst fuhr

so oft ich konnte von Halle nach West-Berlin zur SPD und zum Ostbüro der SPD. Aber auch zu den Redakteuren der Zeitungen Telegraf, Tagesspiegel und Kurier. Diese ersten freien Zeitungen nach langen Jahren der Diktatur waren froh, ihren Lesern keinen Einheitsbrei berichten zu müssen, sondern schildern konnten, was wirklich in der SBZ geschah. So wurden die Berliner in die Lage versetzt, zwischen Lüge und Wahrheit zu wählen und ihr Wahlverhalten darauf abzustellen. Das Ergebnis war klar: Die Kommunisten haben in Berlin in freien und geheimen Wahlen keine Chance.

Die Wahl war tatsächlich, wie Klaus Schütz es formuliert hat, der Beginn des Kalten Krieges. Die Rache Stalins ließ in Gestalt der Berlin-Blockade nicht lange auf sich warten. Aber West-Berlin und seine tapferen Bewohner haben dies, meist unter Führung eines SPD-Senats und Dank der Westalliierten, genauso überstanden, wie alle spätere Bedrängnis. Auch dies war ein Ergebnis der Wahl vom 20. Oktober 1946 mit ihrem Bekenntnis zur Demokratie mit der SPD als klar stärkster Partei. Die Westmächte erkannten mit Erstaunen, das freiheitliche und demokratische Engagement der Berliner Sozialdemokraten und dass die Berliner bereit waren, für die Demokratie zu stimmen und dafür Opfer zu bringen. Das war ein großer Moment in der Beurteilung Deutschlands, gerade mal etwa über ein Jahr nach dem Ende der Nazis. Von diesem Moment an

begründete sich in Berlin die Freundschaft zwischen den Berlinern und ihren Schutzmächten zu einer Schicksalsgemeinschaft; genauso unvergessen wie die Worte von Ernst Reuter zur Zeit der tiefsten Blockade: „Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt.“ Diese Worte wurden vor fast genau 60 Jahren gesprochen, am 8. September 1948. Gesprochen von einem großen Sozialdemokraten. Barack Obama hat in seiner Berliner Rede im Juli 2008 deutlich auf diesen Satz angespielt. Mich hat das genauso gefreut, wie es mich traurig stimmt, wie wenig Aufhebens die Partei von Ernst Reuter und Wahlsiegerin vom 20. Oktober 1946 um diese großen Momente ihrer Geschichte macht. Das enttäuschte die wenigen noch lebenden Sozialdemokraten, die 1946 dazu beigetragen haben, dass die Wahrheit über die Zustände in der SBZ nach West-Berlin gelangten und dass die Wahl vom 20. Oktober eine Wahl für die Freiheit war - und es enttäuscht uns sehr!

Man sollte mal darüber nachdenken, was geschehen wäre, wenn ohne unsere Tätigkeiten die Kommunisten die Wahlen am 20. Oktober 1946 in Berlin gewonnen hätten. Wären die Westmächte dann in Westberlin geblieben?

Hans Bonkas

Lügen haben kurze Beine

Als Vorsitzender der Linkspartei hat Lafontaine der SPD eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte in Ostdeutschland empfohlen und die Zwangsvereinigung von KPD und SPD als teilweise freiwillig bezeichnet. Das hörte sich vor Jahren ganz anders an, denn als Vorsitzender der SPD gab er uns 1996 ein Interview wo er das Gegenteil sagte. Damit unsere Leser sich selbst ein Bild von der Wandlungsfähigkeit von Lafontaine machen können, nachstehend das Interview. Da ich mich nicht zwangsvereinen lassen wollte verurteilte mich ein sowjetisches Militärtribunal wegen illegaler Schumachertätigkeit und antisowjetischer Propaganda an Stelle einer vorgesehenen Todesstrafe zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Davon habe ich 9 Monate im „Roten Ochsen“ in Halle/Saale und 7 Jahre im „Gelben Elend“ in Bautzen verbüßt.

Interview für das Reichsbanner zum Thema Zwangsvereinigung mit dem Parteivorsitzenden der SPD Oskar Lafontaine im Jahre 1996.

Kommunisten sprachen 1946 von einer „Wiedervereinigung der Arbeiterparteien“ SPD und KPD zur SED. War das Wunschdenken oder Propaganda?

Das war reine Propaganda. Denn in Wahrheit war es eine Zwangsvereinigung, die jeder demokratischen Grundlage entbehrte. Den Kommunisten ging es um die politische Gefangennahme der Sozialdemokraten und um die Verfolgung unserer Idee. Dort, wo Sozialdemokraten sich frei entscheiden konnten, in den westlichen Besatzungszonen Berlins, stimmten sie mit überwältigender Mehrheit von 82% gegen die Einheitspartei. Wir können stolz darauf sein, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 1946 klargemacht haben: Zwischen der Sozialdemokratie und kommunistischen Parteien gibt es einen gravierenden Unterschied: Die SPD steht für Freiheit und Demokratie.

Es gab aber auch Sozialdemokraten, die für

die Einheitspartei warben, und andere, die sich einfügten. Waren das blauäugige Funktionäre?

Nach den Schreckensjahren der Nazi-Herrschaft hatten viele von ihnen die Hoffnung, mit einer einzigen Partei ließen sich neue Unterdrückung und neue Unfreiheit verhindern. Diese Hoffnungen wurden dann bitter enttäuscht. Sozialdemokraten wurden zur Flucht in den Westen getrieben. Sie wurden drangsaliert, erpresst und inhaftiert. Viele von ihnen haben Haft, Folter und Zwangsarbeit nicht überlebt. Angesichts dieser historischen Tatsachen empfinde ich es als zynisch, dass jetzt die Nachfolgepartei der SED, die PDS davon spricht, es habe damals „Elemente von Zwang“ gegeben. So darf man die Wahrheit nicht verbiegen. Die PDS muss diese geschichtliche Schuld anerkennen und zu ihr stehen.

Was hat Ihrer Ansicht nach zu der klaren Ablehnung einer Einheitspartei in den Westsektoren Berlins beigetragen?

Die SPD in West-Berlin konnte sich ohne Repressalien inhaltlich kritisch mit der Politik der KPD

auseinandersetzen. Daher das Ergebnis: Wo es keinen Zwang gab, gab es auch keine Vereinigung.

Nach der Wiedervereinigung hat sich die West-CDU mit der Ost-CDU und der Bauernpartei zusammengeschlossen. Wie sehen Sie die Rolle dieser beiden Parteien in der DDR?

Diese Parteien waren fester Bestandteil des Unterdrückungssystems der SED. Es gibt historische Dokumente, die zeigen, dass die Ost-CDU zum Beispiel den Bau der Berliner Mauer ausdrücklich unterstützt hat. Es gab natürlich auch Christdemokraten, die sich dem auf sie ausgeübten Druck nicht beugten und die dafür erhebliche Nachteile in Kauf nahmen, im Gefängnis landeten oder in die westlichen Zonen übersiedeln mussten. Aber die Ost-CDU als Partei war ein verlässlicher Erfüllungsgehilfe der SED. Deshalb halte ich viele heutige Äußerungen der Bonner CDU-Spitze zur PDS für heuchlerisch und pharisäerhaft. Die CDU sollte sich zur unrühmlichen Vergangenheit ihrer Ost-Schwester und der Bauernpartei bekennen und für eine schonungslose Aufarbeitung ihrer Geschichte sorgen.

Die Fragen stellte Hans Bonkas

Jeder blamiert sich so gut er kann

Die Generalsekretärin der CSU, Christine Haderthauer hat Kurt Beck vorgeworfen ein ehemaliges Stasigefängnis besucht zu haben während die Hessen-SPD ein Bündnis mit der SED-Nachfolgepartei schmiedet. Das wäre der Gipfel der Heuchelei, denn damit verhöhnt Beck die Opfer der Stasi. Hätte sich Frau Haderthauer besser informiert, hätte sie erkannt, dass dümmere Worte zu Kurt Beck und dem Zuchthaus Halle kaum möglich gewesen wä-

ren. Hier ist jetzt eine Gedenkstätte für die Verbrechen der Nazis und der DDR-Zeit. Ich habe hier selbst die schlimmste Zeit meines Lebens verbringen müssen und führe jedes Jahr mit finanzieller Unterstützung ein Seminar mit 50 Schüler/innen in Halle durch um den jungen Menschen zu zeigen, welche Verbrechen Nazis und Kommunisten hier begangen haben. Nachstehend ein Bericht der jungen Menschen über den Besuch im „Roten Ochsen“

„Es konnte einfach keiner entkommen“

Heinemann-Schüler in Leipzig auf Stasi-Spuren / Schockiert vom Leben in der DDR

Rund 570 000 Stasi-Mitarbeiter beschatteten einst die Bürger der ehemaligen DDR. Diese und andere erschütternde Fakten erfuhren zehn Schülerinnen und Schüler der Gustav-Heinemann-Schule bei einer viertägigen Fahrt im August nach Leipzig.

Von
Laura Szabo

„Es war eine der eindrucksvollsten Veranstaltungen, die ich je mitgemacht habe“, sagt Schulleiter Klaus Müller. Insgesamt nahmen 40 Schüler und Schülerinnen aus fünf hessischen Schulen an dem Projekt teil, das vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ organisiert wurde. Seit sechs Jahren bietet das Bündnis auch Heinemann-Schülern die Möglichkeit, Ausflüge nach Berlin zu unternehmen, immer mit den Themenschwerpunkten Drittes Reich und DDR.

In diesem Jahr ging es, zusammen mit dem Schuldirektor, erstmals nach Sachsen. Ziel war es, sich mit der Rolle der Staatssicherheit in der ehemaligen DDR auseinanderzusetzen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung gestaltete das Programm. Zu Beginn der Studienfahrt gab es einen Stadtrundgang durch Halle (Saale). In einer Eröff-

Zitat

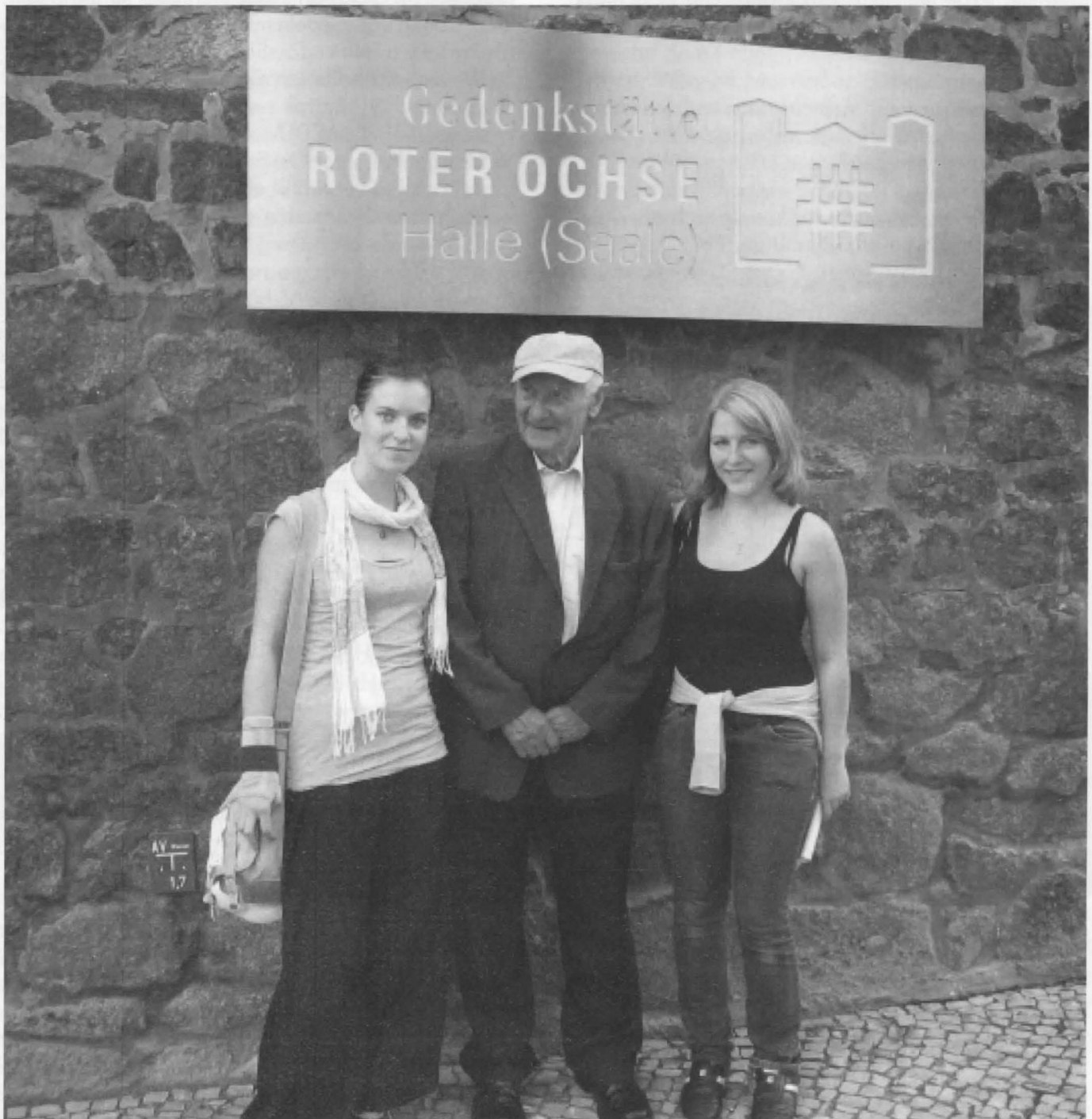
„Es ging in der DDR darum, nach außen den Schein einer glücklich funktionierenden Gemeinschaft zu wahren“.

Paul Reckmann, Gymnasiast

nungsrede hatte Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados die Schüler zuvor mit ihren persönlichen Erinnerungen an den „Prager Frühling“ beeindruckt.

Am 27. August, dem zweiten Tag der Reise, ging es zur Gedenkstätte „Roter Ochse“, wo die Schüler auf den Vorsitzenden des Reichsbanners, Hans Bonkas, trafen.

Er feierte an diesem Tag seinen 87. Geburtstag und besuchte erstmals seit seiner Gefangenschaft das ehemalige Zuchthaus, in dem er 1949 wegen Kontakten zur West-SPD für acht Monate eingesperrt hatte. Die Schüler zeigten sich erschüttert beim Anblick der Zelle, in der Bonkas gesessen hatte,



Die Schülerinnen Ilonka Arendt (links) und Lisa Kosok mit dem Zeitzeugen Hans Bonkas, der 1949 politischer Gefangener war. Im Hintergrund die Gedenkstätte im ehemaligen Zuchthaus „Roter Ochse“, wo Bonkas acht Monate einsaß.

sowie von der Grausamkeit, mit der hier im Dritten Reich 550 Menschen zu Tode gebracht worden waren.

Besonders erschreckend sei, dass die Stasi diese Gedenkstätte nie als solche würdigte, sondern einfach im selben Raum weiter arbeitete, in dem die Nazis einst ihre Hinrichtungen vollzogen hatten.

Nicht weniger schockiert reagierten die jungen Leute bei einem anschließenden Besuch des Museums im Stasi-Bunker Machern. Wie immens die Staatssicherheit am Alltag der DDR-Bürger beteiligt war, setzte den Schülern sichtlich zu. Während ei-

ner Ausstellung schilderte eine Zeitzeugin, wie die Stasi während der Montagsdemos 1989 befohlen hatte, auf Frauen und Kinder zu schießen.

Mit einer ehemaligen DDR-Lehrerin spielten die Schüler den damaligen Unterricht nach. Negativ aufgefallen sei ihnen dabei die Propaganda gegen „die BRD, den Feind im Westen“, die Benachteiligung der Nicht-„Pioniere“ innerhalb der Schulklasse sowie das deutlich härtere Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern. Als „makaber und paranoid“ bezeichnet der 20-jährige Schüler Paul Reckmann das System und bilanziert: „Es konnte einfach keiner entkommen.“



Hans Saalfeld zum 70. Jahrestag des 9. November 1938

Heute trennen uns 70 Jahre vom 9. November 1938, von der von den Nationalsozialisten angezettelten Pogromnacht. Vielfach wurde inzwischen verdrängt, vertuscht, beschwichtigt. Es ändert nichts. An der grauenhaften Wahrheit des 9. und 10. November 1938 kommt man nicht vorbei. Ihr muss

man sich stellen. Auch und gerade 50 Jahre danach. Hier ging die furchtbare Saat einer permanenten Volksverhetzung in erschreckender Weise auf, mit der die Nationalsozialisten schon lange vor 1933 auch den Kampf gegen die Republik von Weimar geführt hatten.

Nach der Machtübernahme war der Judenboykott vom 1. April 1933 ein entscheidender Schritt der Nazis, mit dem sie über die eigene Anhängerschaft hinaus die Massen gegen die Juden mobilisierten und aufhetzten. Gepaart war das Ganze mit der Entfernung der jüdischen Mitbürger aus dem öffentlichen Dienst im gleichen Jahr, der Bücherverbrennung von 1933 und den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935, mit denen die Diskriminierung und Verunglimpfung vorangetrieben und die völlige Entrechtung eingeleitet wurde. Als Ergänzung kommen Auftritts- und Anstellungsverbote für jüdische Künstler hinzu mit dem Bemühen verbunden, aus der Erinnerung der Menschen zu tilgen, was jemals von Juden zum Gedeihen unseres Gemeinwohls, zu unserer Kultur und zu unserem Wissen beigetragen wurde.

So wurden aus den Säulen der Diele des Rathauses die Medaillons von Gabriel Riesser, Isaac Wolffson, Felix Mendelssohn, Moritz Heckscher, Heinrich Hertz, und Salomon Heine herausgebrosen. Alle waren bedeutende Bürger unserer Stadt. Dabei will ich nur die große Leistung von Salomon Heine nach dem Hamburger Brand von 1842 erwähnen. Freiberufler werden mit Berufsverboten belegt und Geschäfte und Warenhäuser müssen zwecks Arierisierung an Deutsche abgegeben werden. Juden, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und dem Papier nach Polen waren, werden im Herbst 1938 abgeschoben. In Paris kommt es zu dem Attentat eines jungen Mannes, dessen Familie ebenfalls nach Polen abgeschoben wurde, auf einen deutschen Botschaftsangestellten. Der Diplomat wird tödlich verletzt. Dieser Vorfall kommt den Nazis gerade recht. Er wird als Anschlag des Weltjudentums auf das Deutsche Reich hingestellt. Man schreit nach Vergeltung. Auf zentrale Weisung, die Goebbels im Auftrage von Hitler gab, kam es binnen weniger Stunden zu einem Ausbruch von anti-jüdischer Gewalttätigkeit wie er in der Geschichte moderner Staaten ohne Beispiel war. Dem organisierten Wüten von SA, Hitlerjugend und anderen NSDAP-Angehörigen fielen - geduldet und unterstützt von der Polizei - Leben, Gesundheit und Eigentum jüdischer Menschen in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß zum Opfer.

Mindestens 91 Menschen wurden ermordet, zahllose andere verletzt, gedemütigt, geschändet. 267 Synagogen, darunter auch die Harburger und die Hamburger, wurden niedergebrannt, zerstört oder beschädigt, 7500 Geschäfte verwüstet, viele darunter wurden geplündert. Gleichzeitig mit dem Pogrom wurden 26000 jüdische Männer, zum Teil auch Jugendliche, in die Konzentrationslager verschleppt. Nach der gnadenlosen Verfolgung der politischen Gegner wurde der Pogrom zum heraus-

ragenden Symbol der Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung der deutschen Juden. Darüber hinaus wurde er zu einem erschütternden Symbol des allgemeinen Unrechtscharakters des nationalsozialistischen Gewalt- und Herrschaftssystems.

Dazu stellte der jüdische Schriftsteller, Prof. Pinchas Lapide, in seinem Vortrag vor der Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche 1988 fest:

„Wo auf einen Wink der Machthaber zerstört und geraubt, gedemütigt, verschleppt und eingekerkert wurde, da wurde auch die Gerechtigkeit ausgebürgert und mit den Opfern der Willkür wurde auch die Menschlichkeit vertrieben. Der 9. November 1938 war eine Station auf dem Weg in die Hölle, die unter dem Namen Auschwitz berüchtigt geworden ist. Was im November damals geschah, das geschah öffentlich, vor aller Augen, ohne öffentlichen Protest hervorzurufen. Die Massenverfolgungen wurden von Deutschen in und ohne Uniform durchgeführt. Andere schauten zu, zur Seite oder fragten sich sorgenvoll, wohin das führen solle.“

Soweit das Zitat.

Ich kann das Gesagte aus eigenem Erleben nur bestätigen. Als Kind einer von den Nazis rücksichtslos verfolgten Familie habe ich am 9. November 1938 als damals Zehnjähriger selbst mitangesehen, wie in der Nachbarschaft jüdische Familien aus ihren Wohnungen gezerrt wurden. Es waren nicht nur NS-Schlägertrupps in Uniform, die unsere Nachbarn und Mitbürger die Treppen hinunterstießen, die sie beschimpften, bespuckten, die sie schlugen und ihre Wohnungen demolierten. Es beteiligten sich auch sogenannte ehrbare Bürger, die zum Teil seit Jahrzehnten mit ihren jüdischen Nachbarn gut zusammen gelebt haben. Und es gab kaum ein Zeichen des Widerspruchs unter den vielen zum Teil johlenen Zuschauern. Das war für mich am bedrückendsten.

Und doch wissen wir, wie es Prof. Lapide ausgedrückt hat, dass es „ein unglaubliches Nebeneinander von brutalster Bestialität und selbstloser Aufopferung, von teuflischer Bosheit und beispielloser Güte gegeben hat. Der allgemeine Aufschrei ist zwar ausgeblieben. Aber als Mitleid in Deutschland als Verbrechen galt und der Nächstenhaß zum Staatsgesetz erhoben wurde, da gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um Juden vor dem sicheren Tod zu retten.“

Diese Worte sind zwar tröstlich, sie ändern jedoch nichts an der Teilnahmslosigkeit der großen Mehrheit der nicht jüdischen Bevölkerung bei allen

Diskriminierungen und Verfolgungen bis hin zur Deportation und Ermordung. Dazu kommt, dass die Mehrzahl der an diesen Verbrechen Beteiligten strafrei davongekommen ist. Deshalb gilt es, dafür zu sorgen, dass die Wurzeln des Übels, womit soviel Leid, Not und unsagbares Elend verbunden waren, niemals vergessen werden. So, wie nie wieder von Deutschen ein Krieg entfesselt werden darf, so darf sich in Deutschland auch niemals wiederholen, was am 9. November 1938 an Unrecht geschehen ist und an Schrecken und Grausamkeiten folgte. Des-

halb darf auch niemals wieder der Rechtsstaat angetastet oder preisgegeben werden.

In Trauer, Scham, tiefer Betroffenheit und Demut stehen wir, steht das Reichsbanner, vor den Millionen Opfern der unmenschlichen Nazityrannei. Unsere politische Verpflichtung und Verantwortung ist es, den Antisemitismus in jeder Form so entschieden und entschlossen zu bekämpfen, dass sich ein 9. November 1938 niemals wiederholen kann.

Hans Saalfeld, Hamburg

Termine und Mitteilungen

Bundeskonzferenz des Reichsbanners

Der Bundesvorstand gibt bekannt, dass die Bundeskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. für den 29. November 2008 in Frankfurt am Main angesetzt ist. Nach Beschluss des Bundesvorstandes vom 21. Juli 2008 sollen die Landesverbände ihre Delegierten und Ersatzdelegierten bis zum 15. Oktober 2008 mit Namen, Vornamen und Anschrift an den Landesverband Hessen, Postfach 160641, 60069 Frankfurt am Main melden. Die Einladung an die Delegierten mit Angaben zu Tagesordnung, Rahmenbedingungen wie Unterkunft u.a. erfolgt dann schnellstmöglich. Die Teilnehmer an der Bundeskonferenz werden gebeten am 28. November anzureisen und am 30. November abzureisen. Wegen der besonderen Sicherheitsvorkehrungen am Tagungsort sind Gäste nur nach vorheriger Anmeldung zugelassen.

Landesverband Hessen im Internet

Außer auf der empfehlenswerten Internetpräsenz des Bundesverbandes (www.reichsbanner.de), die viele Informationen zum historischen Reichsbanner enthält, lohnt sich nun auch ein Besuch auf der neuen Seite des hessischen Landesverbandes. Auf www.reichsbanner-hessen.de erfahren Sie neben den aktuellen Terminen zukünftig alles über die Arbeit des Landesverbandes Hessen und des Ortsvereins Frankfurt am Main.

Treffen des Ortsvereins Frankfurt

Der Ortsverein Frankfurt am Main lädt jeden zweiten Dienstag des Monats ab 17.00 Uhr zu seinem Mitgliedertreffen ein. In den Vereinsräumen an der Frankfurter Zeil werden bei Kaffee und Kuchen generationsübergreifend aktuelle und historische Themen diskutiert. Wer sich für das Reichsbanner interessiert, ist herzlich eingeladen, an den Treffen teilzunehmen. Bitte schreiben Sie eine kurze mail an info@reichsbanner-hessen.de oder einen Brief an Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Postfach 160641, 60060 Frankfurt.

13.10.2008 Eröffnung der Ausstellung des Reichsbanners „Für eine starke Republik“ in Koblenz mit Franz Müntefering.

14.10.2008 Treffen des Ortsvereins Frankfurt am Main.

02.11. - 06.11.2008 Seminar in Zusammenarbeit mit dem ABl mit Schülern aus Butzbach und Eilenburg.

11.11.2008 Treffen des Ortsvereins Frankfurt am Main mit Filmvorführung.

16.11. - 20.11.2008 Seminar in Zusammenarbeit mit dem ABl mit Schülern aus Hanau und Rüsselsheim.

29.11.2008 Bundeskonferenz des Reichsbanners in Frankfurt am Main, Römer, Haus Silberberg.

07.12. - 10.12.2008 Seminar in Zusammenarbeit mit dem ABl mit Schülern aus Bad Dürkheim und Zweibrücken.

09.12.2008 Jahresabschlussfeier des Ortsvereins Frankfurt am Main.

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.

Gesamtherstellung: Graficor Werbemittlung, Inh. Harald Mader, Langer Weg 13, 65760 Eschborn.

Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:

Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Bundesvorsitzender: Hans Bonkas

Weltmeister...

...fallen nicht vom Himmel – im Gegenteil. Ohne eine effektive Förderung des Breitensports bliebe so manches Talent unentdeckt. Daher nimmt besonders die Jugendförderung in unserem Sport-Sponsoring einen hohen Stellenwert ein. So haben die Talente unserer Region mehr Chancen, große Sportler zu werden.

Aktiv für die Region.

Fraport. Die Airport Manager.

www.aktivfuerdieregion.fraport.de



Fraport